



Gerling Informationen für
wirtschaftsprüfende, rechts- und
steuerberatende Berufe



10. Januar 1992
12. Jahrgang, S. 2 – 27
ISSN 0177-1868

1

Inhalt	Seite
GI Leitsätze	2
Dritthaftung des Sachverständigen	3
– Prospekthaftung	
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter (OLG Karlsruhe, Urt.v. 5. 6. 1991 – 1 U 270/90)	
Dritthaftung	8
– Bilanzerstellung	
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	
– Stillschweigender Auskunftsvertrag (OLG München, Urt.v. 17. 5. 1991 – 21 U 4529/90)	
Haftung des Steuerberaters	22
– Belehrung über Berufsversehen	
– Vollständige Informationen durch Mandanten (ILG Karlsruhe, Urt.v. 7. 3. 1990 – 3 O 339/89)	
GI Hinweise	24
GI Aktuell	24
GI Leitsätze	25

GI Leitsätze

Unbefugte Hilfeleistung in Steuersachen / Rechenzentrum

Einem Rechenzentrum ist (neben der Erstellung von Umsatzsteuervoranmeldungen) bereits die maschinelle umsatzsteuerliche Berechnung mit Hilfe eines EDV-Buchhaltungsprogramms untersagt, da schon die maschinelle Aufbereitung der relevanten Daten fachmännische Vorgaben und Wertungen und damit eine steuerliche Willensbildung des Verarbeiters erforderlich macht.

(OLG Frankfurt a. M., Beschl. v. 1.10.1990, 6 W 126/90, rkr., DStR 1991, 1300)

Umfang des Beratungsmandats / Betriebswirtschaftliche Beratung

1. Inhalt und Umfang der Pflichten eines Steuerberaters ergeben sich aus dem ihm erteilten Auftrag (BGH, WM 1982, 128).
2. Hat der StB auftragsgemäß im Zusammenhang mit der Gründung einer GmbH den „Entwurf der Konzeption sowie der Verträge“ vorzunehmen und wird er im Text ausdrücklich als „steuerlicher Berater“ bezeichnet, so besagt dies nichts darüber, daß er über die Konzeption der Gesellschaftsverträge hinaus die GmbH bzw. die Gesellschafter umfassend betriebswirtschaftlich, finanziell oder gar unternehmerisch beraten sollte.
3. Ist im Gesellschaftsvertrag über die Errichtung einer stillen Gesellschaft von „einem Angehörigen eines Rechts-, Wirtschafts- oder steuerberatenden Berufes“ die Rede, so ergibt sich daraus nicht, daß er im Zusammenhang damit erwähnte StB alle diese Bereiche abdeckt oder abdecken sollte.
4. Der Mandant eines StB kann nicht erwarten, der StB werde sich in die Rolle als Unternehmer versetzen, wirtschaftliche Analysen und Prognosen erstellen und dem Mandanten auf unternehmerischem Gebiet Ratschläge erteilen.
5. Nur bei genauer Darlegung des Pflichtenkreises des Beauftragten und der ihm gemachten tatsächlichen Vorgaben kann geprüft werden, ob der Beauftragte objektiv und subjektiv pflichtwidrig gehandelt hat.

(OLG Karlsruhe, Urt. v. 23. 5. 1990 – 11 U 99/88, rkr., DStR 1991, 790)

Verschwiegenheitspflicht / Auskunft an Erben

1. Ein Miterbe kann allein gem. § 2039 BGB trotz des Widerspruches der übrigen Miterben den Steuerberater des Erblassers auf Auskunft hinsichtlich von Steuererklärungen des Erblassers – in Prozeßstandschaft für die Erbengemeinschaft – verklagen.
2. Hat der Erblasser seine Steuererklärung zusammen mit seiner Ehefrau abgegeben, so ist dieser Auskunftsanspruch zwar wegen der fortbestehenden Verschwiegenheitspflicht des Steuerberaters gegenüber der Ehefrau eingeschränkt, dennoch geht er nicht nur auf Ablichtung einer teilweise abgedeckten gemeinsamen Steuererklärung, sondern auf Einsichtgewährung in die Unterlagen durch einen (zur Verschwiegenheit verpflichteten) anderen Steuerberater. Der verklagte Steuerberater kann den klagenden Erben nicht auf ein Einsichtsrecht in die finanzamtlichen Akten verweisen.

(OLG Koblenz, Urt. v. 17.1.1991 – 5 U 899/90, rkr., DStR 1991, 789)

Haftungsbeschränkungen / grobe Fahrlässigkeit / Treuhandvertrag

Eine Haftungsbeschränkung im Treuhandvertrag auf grobe Fahrlässigkeit ist gem. § 9 AGB-Gesetz unwirksam. Sie benachteiligt den Bauherren unangemessen gegenüber der Treuhänderin. (Anschluß an OLG Hamm, Urt. v. 25. 2. 1988 – 21 U 195/87 – GI 1991, 265) OLG Oldenburg, Urt. v. 25.1.1991 – 6 U 58/90)

Dritthaftung des Sachverständigen

- Prospekthaftung
- Vertrag mit Schutzwirkung
zugunsten Dritter

(OLG Karlsruhe, Urt. v. 5. 6. 1991 – 1 U 270/90)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Wird in einem Prospekt eine gutachtliche Stellungnahme unzutreffend wiedergegeben, so ist es i. d. R. ausgeschlossen, daß der Sachverständige dies gewußt oder billigend in Kauf genommen hätte.
2. Die Einbeziehung eines Dritten in den Schutzbereich eines Vertrages bedarf der mindestens stillschweigenden Vereinbarung einer Schutzpflicht für den Dritten. Diese kann sich allein schon aufgrund der objektiven gleichgerichteten Interessenlage ergeben oder wenn ein Gutachten ersichtlich zur Belehrung des Dritten in Auftrag gegeben wurde. (hier: Gutachten zur Belehrung der Gemeinde, nicht der Käufer von Ferienappartements)

Aus den Gründen:

Die Zulässige Berufung ist nicht begründet.

Dem Kläger steht weder aus **Prospekthaftung** noch aus dem Vertrag ein Schadenersatzanspruch zu, aufgrund dessen der Beklagte das Kurz-exposé vom 1. 9. 1978 erstellt hat. Das Landgericht hat in erster Linie die Frage geprüft – und verneint – ob der Kläger in den Schutzbereich des Vertrages einzubeziehen ist, aufgrund dessen der Beklagte das Kurz-exposé vom 1. 9. 1978 erstellt hat. Insoweit hat das Landgericht einen Schadenersatzanspruch des Klägers zu Recht verneint. Im Berufungsrechtszug scheint der Kläger den Schwerpunkt seiner Ausführungen auf die Begründung eines Anspruches aus Prospekthaftung legen zu wollen. Auch unter diesem rechtlichen Gesichtspunkt steht ihm ein Schadenersatzanspruch gegen den Beklagten nicht zu.

1. **Der Beklagte kann nicht als Garant für die Richtigkeit eines Prospektes angesehen werden, welcher der Entscheidung des Klägers zum Beitritt zu einer Bauherrengemeinschaft und zum Kauf einer Eigentumswohnung zugrunde gelegen hat.**

Als Prospekt kommt in erster Linie in Frage das Kurzexposé des Maklers Karl-Heinz J. vom 6. 9. 1978. Dieses hat der Beklagte nicht verfaßt.

Allerdings ist der Beklagte in diesem Exposé mittelbar zitiert. In ihm heißt es (I, 45, 46):

Es bestehen heute schon Reiseveranstalterkontrakte mit A, B, C, D etc. Diese haben bei der Konzeption der Anlagenberatung mitgewirkt und eine ganzjährige Kontingentabnahme in Höhe von 80 % fest zugesagt.

In einer gutachterlichen Stellungnahme eines vereidigten Sachverständigen für das Hotel- und Gaststättengewerbe wurde schon für das erste Betriebsjahr eine 60 %-ige Auslastung prognostiziert.

In dem Exposé des Beklagten vom 1. 9. 1978 heißt es demgegenüber (I, 99, 100):

Insbesondere mußte aufgrund der Reiseveranstalterkontakte (**Anmerkung: nicht ...-kontraktel**) – A, B, C, D etc. – die Konzeption entsprechend geändert werden, so daß eine marktgerechte Funktionseinheit auch schon in der Phase I gegeben ist.

Hierbei wurde eine ca. 80- bis 90 %ige Kontingentfestabnahme der Ferienappartements von seiten der bedeutendsten und größten Reiseveranstalter in der BRD zugesagt, dies sowohl für die Sommer- als auch für die Wintersaison, somit ganzjährig.

Jedoch müßte dementsprechend auf die Wünsche der Reiseveranstalter eingegangen werden ...

(I, 103, 104) Aufgrund der diversen Reiseveranstalterkontakte sowie der guten Marktkennntnis des Erstellers dieses Kurzexposés kann davon ausgegangen werden, daß das Gesamtprojekt nach erfolgtem Anlauf sehr gut ausgelastet sein wird.

Dies bedarf selbstverständlich eines aktiven Verkaufs, einer guten Verkaufsförderung und Werbung.

Alleine das mögliche Erscheinen in ca. 2 Mio. Veranstalterkatalogen (B ca. 800.000 Stück, A ca. 1,2 Mio. Stück) wird sich sehr positiv auf einen schnellen Bekanntheitsgrad des Projekts auswirken.

Zudem hat der Ersteller des Projektes, die C. GmbH & Co. KG, Pirmasens, bereits sehr erfolgreich ein Urlaubs-, Tagungs- und Freizeithotel in D. erstellt und betreibt dieses ebenso rentabel. Die hierbei gesammelten Erfahrungen werden sich sehr positiv in der weiteren Projektentwicklung in Hauenstein auswirken.

Im ersten Betriebsjahr kann eine Belegung der Zimmer im „Haus P.“ von ca. 60 % eintreffen. Dieser Gästezuwachs ist für H. von großer Bedeutung.

Eine detaillierte Rentabilitäts-Vorausschaurechnung kann erst nach Vorlage der endgültigen Architektenpläne und nach Ermittlung der gesamten Investitionskosten und der Finanzierungsvorschau erstellt werden.

Jedoch kann schon jetzt davon ausgegangen werden, daß aufgrund der Konzeption und Untersuchungen ein positives Betriebsergebnis erzielt wird und das Projekt rentabel zu führen ist.

Daß der Makler H. J. **das Exposé des Beklagten** vom 1. 9. 1978 **unzutreffend wiedergegeben** hat, bedarf keiner näheren Darlegung. **Schon deshalb kann ausgeschlossen werden, daß der Beklagte gewußt oder billigend in Kauf genommen hätte, daß von seinem Kurzgutachten in dem Exposé vom 6. 9. 1978 werbend Gebrauch gemacht wurde.** Dies andererseits wäre Voraussetzung für eine Prospekthaftung des Beklagten (vgl. BGHZ 77, 172, 177 unter II, 2); zustimmend zitiert in BGHZ III, 314 unter II 2 a).

Nach der – bestrittenen – Behauptung des Klägers hatte der Makler J. seinem eigenen Exposé vom 6. 9. 1978 das des Beklagten vom 1. 9. 1978 beigelegt und gleichzeitig mit einem Schreiben vom 13. 11. 1978 (dieses I, 44) vorgelegt. Die Annahme, der Beklagte habe gewußt oder es billigend in den Kauf genommen, daß von seinem Exposé als Anlage des Prospekts des Maklers J. werbend Gebrauch gemacht wird, verbietet sich aber ebenfalls, weil der Beklagte in dem Prospekt selbst unzutreffend wiedergegeben ist.

2. Der Beklagte unterliegt gegenüber dem Kläger auch nicht der **Dritthaftung aus dem der Erstellung seines Exposés vom 1. 9. 1978 zugrundeliegenden Vertrags.**

Die Einbeziehung eines Dritten in **den Schutzbereich eines Vertrages bedarf der – mindestens stillschweigenden – Vereinbarung einer Schutzpflicht für den Dritten.** Eine solche Vereinbarung kann bereits allein schon aufgrund der objektiven Interessenlage angenommen werden; dies betrifft insbesondere die Fälle, in denen das Wohl und Wehe einer Person dem Vertragspartner der schutzpflichtigen Partei anvertraut ist. Auch sonst kann nach den besonderen Umständen des Einzelfalles eine Ausdehnung des Schutzbereichs eines Vertrages über den Kreis der Vertragsparteien hinaus angenommen werden. Gerade

bei der Beauftragung von Sachverständigen kommt es häufig vor, daß das zu erstattende Gutachten als Grundlage für die Entscheidung von Personen dienen soll, die zum Sachverständigen nicht in vertraglichen Beziehungen stehen (vgl. BGH Urt.v. 2.11.1983 – IVa ZR 20/82 – GI 2/84 = WM 1984, 34, 35 li. Sp. – m.w.N.).

In Frage kommt in solchen Fällen, **die Träger von Interessen in den Schutzbereich des Vertrages einzubeziehen, die denen des Auftraggebers gleichgerichtet sind.** Dies kann der Fall sein bei einem von einem Mitglied einer Käufergruppe in Auftrag gegebenen Gutachten über den Wert des zu erwerbenden Gegenstandes. Die Einbeziehung eines Dritten kann weiter dann in Frage kommen, **wenn ein Gutachten ersichtlich zur Belehrung des Dritten in Auftrag gegeben ist.** So käme etwa im Streitfall die Einbeziehung der Gemeinde H. in den Schutzbereich in Frage, für deren Belehrung nach der Behauptung des Beklagten das Kurzexposé vom 1. 9. 1978 erstellt werden sollte. Allgemein dürfte in vielen Fällen eine Beschränkung der Schadenersatzpflicht des Sachverständigen auf Schaden, die dem Auftraggeber in eigener Person erwachsen, nicht dessen rechtsgeschäftlichem Willen entsprechen. Mit einer solchen allgemeinen Erwägung allerdings Dritte bereits in den Schutzbereich eines Vertrages einzubeziehen dürfte wiederum nicht angehen; denn der Sachverständige muß die in Frage kommenden Dritten überblicken können, will er nicht in unzumutbarer Weise mit Schadenersatzpflichten ihnen gegenüber belastet werden. Ein solches könnte, weil es Treu und Glauben widersprechen würde, niemals Ergebnis einer Vertragsauslegung sein (vgl. § 157 BGB).

Der Beklagte hat – wie erwähnt – behauptet, er habe sein Kurzexposé vom 1. 9. 1978 zur Belehrung der Gemeinde H. erstellt. Trifft dies zu oder kann jedenfalls ein anderes nicht bewiesen werden, fehlt jede Grundlage für die Annahme, der Kläger sei in den Schutzbereich des der Erstellung des Kurzexposés zugrundeliegenden Vertrages einbezogen gewesen. Die tatsächlichen Voraussetzungen für seine Einbeziehung hat der Kläger zu beweisen. Unmittelbaren Beweis hat er nicht angetreten. Er meint, die Verteidigungsbehauptung des Beklagten mit dem Kurzexposé selbst widerlegen zu können. Allerdings trifft zu, daß der Beklagte darin erwähnt hat, die Lage des Gesamtprojektes sei äußerst positiv zu beurteilen; es läge ein idealer Standort neben der Schule in H. vor; die direkte Waldanbindung steigere den Freizeitwert des Projektes besonders. Als schiere Unterrichtung der Gemeinde H. müßte diese Stelle des Kurzexposés überflüssig erscheinen; denn der Gemeinde H. müssen die entsprechenden Tatsachen bekannt gewesen sein. Hieran ließe sich sodann mindestens die Mutmaßung anknüpfen, das Kurzexposé sei in Wahrheit

nicht für die Gemeinde H. bestimmt gewesen. Mit der Beurteilung dieser Textstelle als reiner Unterrichtung der Gemeinde wird jedoch ihr Zweck nicht vollständig erfaßt. Evident ging es dem Beklagten auch darum, die Gesichtspunkte zusammenzustellen, die seine bejahende Beurteilung des Vorhabens rechtfertigten. Daß dazu auch der Gemeinde H. bereits bekannte Umstände gehörten, war kein Anlaß, diese zu verschweigen.

Auch **die Interessen der Gemeinde H. und diejenigen des Klägers als Mitglied der Bauherrengemeinschaft und Erwerber einer Eigentumswohnung waren nicht in einer Weise gleich gelagert, daß der Beklagte nach Treu und Glauben davon ausgehen mußte, auch die letzteren seien ihm anvertraut.** Dem Kläger ging es in erster Linie darum, sofort und auf Dauer einen hohen Ertrag der überwiegend mit Fremdmitteln finanzierten Eigentumswohnung zu erzielen, um alsbald eine schuldenfreie und zur Altersversorgung geeignete Mietwohnung innehaben zu können. Der Gemeinde H. ging es um die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde durch Ansiedlung von Gewerbe, wobei die von einem Hotel ausgehende Ausstrahlung besonders günstig erscheinen konnte. Zweifelsohne war das Interesse der Gemeinde auch auf angemessenen Ertrag angesiedelten Gewerbes gerichtet – dies aber letztlich nur im Sinne einer unabdingbaren Voraussetzung und einer nützlichen Nebenfolge, nicht im Sinne eines ersten und abschließlichen Zwecks.

3. Der Beklagte hat es schließlich übernommen, unter dem 2.11.1978 eine „Projektanalyse“ des Bau- und Betriebsvorhabens zu erstellen. **Diese Ausarbeitung ist dem Kläger jedoch erst im Laufe des Rechtsstreites bekannt geworden (I, 110) und im übrigen vor seinem Beitritt zur Bauherrengemeinschaft ihm gegenüber lediglich von dem Makler J. beiläufig erwähnt worden.** Hierauf lassen sich Ansprüche sonach nicht stützen und werden von dem Kläger anscheinend auch nicht gestützt. Die dieser „Projektanalyse“ zugrundeliegenden vertraglichen Beziehungen haben im übrigen auch keine Auswirkung auf die Rechtsverhältnisse zwischen den Parteien, weder unter dem Gesichtspunkt einer Prospekthaftung des Beklagten, noch dem einer Einbeziehung des Klägers in die Schutzwirkungen welchen Vertrages auch immer.

Dritthaftung

- Bilanzerstellung
- Vertrag mit Schutzwirkung
 zugunsten Dritter
- Stillschweigender Auskunftsvertrag
(OLG München, Urt. v. 17.5.1991 – 21 U 4529/90)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Dritte können stillschweigend in den Schutzbereich eines Steuerberatungsvorganges aufgenommen werden.
Eine entsprechende Interessenlage der Vertragsparteien ist anzunehmen, wenn eine Person, die über eine besondere vom Staat anerkannte Sachkunde verfügt, auftragsgemäß ein Gutachten oder ein Testat abgibt, das erkennbar zum Gebrauch gegenüber einem Dritten bestimmt ist und deshalb in der Regel mit einer entsprechenden Beweiskraft ausgestattet sein soll.
2. Kann aus der Bilanz oder dem Status wegen des erkennbar geringen Prüfungsumfanges und der fehlenden Testierung nur eine geringe Aussagekraft für deren inhaltliche Richtigkeit abgeleitet werden, so kann nicht vom Willen der Vertragsparteien ausgegangen werden, die Bilanz, Status pp. mit entsprechender Beweiskraft Dritten gegenüber auszustatten.
3. Der Hinweis auf die Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Bilanzierung bei der Ableitung des Jahresabschlusses aus den Konten der Gesellschaft sagt nichts über die Bewertungsmaßstäbe und die Prüfung der Wertansätze der Wirtschaftsgüter in der Bilanz aus.
4. Jahresabschlüsse werden in erster Linie zur Erfüllung der Bilanzierungspflicht gem. § 42 AGB-Gesetz und nicht zur Information potentieller Beteiligungsinteressenten erstellt.
5. Grundlage wesentlicher Beteiligungsentscheidungen sind in der Regel nur testierte Unternehmensabschlüsse.
6. Gegen den Abschluß eines stillschweigenden Auskunftsvorganges spricht es, wenn der Steuerberater/Wirtschaftsprüfer nicht als unparteiischer Sachwalter sondern als unselbständiger Gehilfe des Mandanten auftritt und aus der Sicht der Beteiligungsinteressenten weder durch persönliches Engagement noch aufgrund eigenständiger Expertenstellung besonderes Vertrauen in Anspruch nimmt.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger behauptet, die Jahresabschlüsse und Statuten seien unter Verstoß gegen die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung unrichtig erstellt worden. Der Steuerberater/Wirtschaftsprüfer habe es unterlassen, auf eine unzulässige Aktivierungsmethode hinzuweisen, obwohl er gewußt habe, daß die Jahresabschlüsse und Statuten auch der Information von Beteiligungsinteressenten dienen sollten. Bei Kenntnis des wahren Sachverhaltes wäre eine Beteiligung nicht durchgeführt worden.

Der Steuerberater/Wirtschaftsprüfer hat die Unrichtigkeit der Bilanzierung bestritten. Im übrigen sei in den Jahresabschlüssen und Statuten ausdrücklich auf den eingeschränkten Prüfungsumfang hingewiesen worden.

In dem Jahresabschluß zum 31. 12. 1981 findet sich der Hinweis, daß dem Ausweis der Vorräte und der – streitigen – „unfertigen sowie fertigen, nicht abgerechneten Arbeiten“ eine vom Unternehmen gefertigte Bestandsliste zugrunde liege. Einzelheiten der Inventur und der Wertansätze seien nicht überprüft worden.

Der Steuerberater/Wirtschaftsprüfer weist auch darauf hin, daß der Kläger selbst sachkundig gewesen und aufgrund der monatlich erstellten Berichte der Gesellschaft Kenntnis von der Erfassung und Bewertung des Vorratsvermögens Kenntnis gehabt habe.

Aus den Gründen:

I.

Der Kläger und die Zedenten sind nicht in den Schutzbereich des zwischen der Beklagten zu 1) und der Firma E. bestehenden Steuerberatungsvertrages einbezogen worden.

1. Mangels einer ausdrücklichen vertraglichen Regelung könnte allenfalls eine stillschweigende Einbeziehung in Frage kommen. Eine solche **Einbeziehung Dritter in den Schutzbereich eines Vertrages wird von der Rechtsprechung in der Regel dann angenommen, wenn das Wohl und Wehe des Dritten dem Vertragspartner des Schutzpflichtigen anvertraut ist** (BGHZ 56, 269, 273; 66, 51, 57). Die Einbeziehungsmöglichkeit beschränkt sich jedoch nicht auf diese Fallgestaltung. Es steht den Parteien vielmehr grundsätzlich frei, eine Schutzpflicht auch zugunsten solcher Personen zu begründen, deren Wohl und Wehe ihnen nicht anvertraut ist. Ob ein hierauf gerichteter rechtsgeschäftlicher Wille besteht, ist nach allgemeinen Auslegungskriterien zu ermitteln (BGH GI 2/84 = NJW 84, 355; GI 87, 27 = EWiR § 826 BGB 2/87,

591 [Gräfe] = 87, 1758, 1759). Er ist **aufgrund der erkennbaren Interessenlage der Parteien insbesondere dann anzunehmen, wenn eine Person, die über eine besondere, vom Staat anerkannte Sachkunde verfügt, auftragsgemäß ein Gutachten oder ein Testat abgibt, das erkennbar zum Gebrauch gegenüber einem Dritten bestimmt ist und deshalb in der Regel nach dem Willen des Bestellers mit einer entsprechenden Beweiskraft ausgestattet sein soll** (BGH NJW 82, 2431; GI 2/84 = 84, 355, 356; WM 86, 711, 712; GI 87, 27 = EWiR § 826 BGB 2/87, 591 [Gräfe] = NJW 87, 1758, 1759; 89, 1029, 1030).

Diese Voraussetzungen sind im vorliegenden Fall nicht gegeben.

2. **Einer Einbeziehung von Beteiligungsinteressenten in den Schutzbereich des Steuerberatungsvertrages stünde nicht entgegen, daß die Interessenten – zunächst – nach Namen und Zahl nicht bekannt waren** (BGH GI 2/84 = NJW 84, 355, 356; GI 87, 27 = EWiR § 826 BGB 2/87, 591 [Gräfe] = 87, 1758, 1760). Bei der Firma E. handelte es sich unstreitig nicht um eine auf eine große Anzahl von Gesellschaftern und/oder Beteiligungen ausgerichtete „Publikums-Gesellschaft“. Die Erfordernis neuer Beteiligungen hatte sich erst im Jahre 1981 durch den Austritt von Altgesellschaftern ergeben. Die Beklagten mußten deshalb ab diesem Zeitpunkt, d. h. mit der Erstellung des Jahresabschlusses und des Status zum 31. 12. 1981, damit rechnen, daß diese Unterlagen auch den potentiellen Beteiligungsinteressen zur Verfügung gestellt und für deren Beteiligungsentscheidung von Bedeutung sein würden.
3. Allerdings kam den steuerlichen Unterlagen infolge des erkennbar geringen Prüfungsumfangs und der fehlenden Testierung insoweit nur eine geringe Aussagekraft zu, so daß nicht von einem Willen der Beklagten zu 1) – die Beklagten zu 2) und 3) waren nicht Parteien des Steuerberatungsvertrages – ausgegangen werden konnte, für die inhaltliche Richtigkeit der erstellten Jahresabschlüsse und Statens auch Dritten gegenüber eintreten zu wollen (§§ 133, 157 BGB; BGH GI 87, 27 = EWiR § 826 BGB 2/87, 591 [Gräfe] = NJW 87, 1758, 1760 ff.).

Die Bilanz zum 31. 12. 1981 gibt zwar in der als „Bescheinigung“ anzusehenden Schlußbemerkung an, der Abschluß sei aufgrund der Buchführung und den Angaben der Firma E. geprüft worden. Sie enthält jedoch entgegen der üblichen Testierung keinen Hinweis auf die Beachtung von Gesetz und Gesellschaftsvertrag sowie auf die Überprüfung der Ordnungsgemäßheit der zugrundeliegenden Buchführung, sondern verweist bezüglich des Prüfungsumfangs ausdrücklich auf den der Bilanz beigefügten Anhang. Dort findet sich der

Hinweis, daß **dem Ausweis der Vorräte und der – streitbefangenen – „unfertigen sowie fertigen, nicht abgerechneten Arbeiten“ eine vom Unternehmen gefertigte Bestandsliste zugrundeliege. Einzelheiten der Inventur und der Wertansätze seien nicht überprüft worden.**

Damit wurde in zwar unüblicher, aber für Außenstehende verständlicher Weise zum Ausdruck gebracht, daß die Buchführung und die Wertansätze nicht bzw. nur in eingeschränktem Umfang überprüft wurden.

Etwas anderes ergab sich auch nicht aus Ziffer III des Abschlußberichts zum 31. 12. 1981. Dort fand sich der Hinweis, der Jahresabschluß 1981 sei aus den Konten der Gesellschaft unter **Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Bilanzierung** abgeleitet worden. Dieser Hinweis **sagte nichts über die Bewertungsmaßstäbe und die Höhe der Wertansätze der Wirtschaftsgüter in der Bilanz aus, sondern brachte nur zum Ausdruck, daß das äußere Bild der Bilanz dem in § 149 Abs. 1, Abs. 2 AktG konkretisierten Gebot der Bilanzklarheit entsprach.**

Damit war der Jahresabschluß zum 31. 12. 1981 (ebenso wie die vorausgegangenen Abschlüsse zum 31. 12. 1979 und zum 31. 12. 1980, die nach denselben eingeschränkten Prüfungskriterien erstellt worden waren) aus der Sicht der Vertragsparteien – der Firma E. und der Beklagten zu 1) – schon **wegen seines geringen Prüfungsumfanges nicht als maßgebliche Entscheidungsgrundlage für potentielle Beteiligungsinteressenten geeignet, sondern allenfalls als Entscheidungshilfe.** Tatsächlich haben sich der Kläger und der Zedent Dr. W. später eigenen Angaben zufolge auch nicht nur auf diese Unterlagen gestützt, sondern **zusätzlich bei Banken, Vertragspartnern und Kunden Auskünfte über die Firma E. erholt.** Hinzu kommt, daß die Erstellung der **Abschlüsse in erster Linie der Erfüllung der Bilanzierungspflicht** der Firma E. gemäß § 42 a GmbH-Gesetz und **nicht der Information potentieller Beteiligungsinteressenten diene.** Letzteres war nur eine, allerdings seit dem Sommer 1981 vorhersehbare, Nebenfolge. Sie begründet – aus damaliger Sicht, §§ 133, 157 BGB – nicht die Notwendigkeit, die Beklagte zu 1) in schwer überschaubarer und unzumutbarer Weise mit möglichen Schadenersatzverpflichtungen gegenüber Dritten zu belasten (vgl. BGH NJW 84, 355, 356). Es bestand damals mit dem sich abzeichnenden Ausscheiden der alten Gesellschafter Dr. D., W., M. und M. ein erhöhter Investitionsbedarf für die Firma E. Andererseits war der Kreis potentieller Beteiligungsinteressenten damals nach Zahl und Name noch nicht abschließend überschaubar (was der Annahme einer Einbeziehung in den Schutzbereich des Vertrages, wie oben bereits ausgeführt, nicht grundsätzlich entgegenstand) und es bestand darüber hinaus die – wie sich später bei Dr. W. zeigte – naheliegende Möglichkeit, daß sich durch das Werben weiterer Interessenten ein schwer abzu-

schätzender, das Haftungsrisiko der Beklagten zu 1) jeweils erheblich erhöhender „**Potenzierungseffekt**“ ergab (vgl. BGH NJW 84, 355, 356). Unter diesen Umständen **widersprach es dem erkennbaren Interesse der Beklagten zu 1) (§§ 133, 157 BGB; BGH NJW 81, 1549, 1550; 2295, 2296), die Beteiligungsinteressenten jeweils mit in den Schutzbereich des bestehenden Steuerberatungsvertrages einzubeziehen.**

Bei Abwägung aller genannten Umstände ist der Senat nicht davon überzeugt, daß die Firma E. und die Beklagte zu 1) bei Auftragserteilung für die Erstellung der Jahresabschlüsse, insbesondere des Jahresabschlusses zum 31. 12. 1981, die potentiellen Beteiligungsinteressenten in den Schutzbereich des Vertrages miteinbeziehen wollten.

4. Eine andere Beurteilung ergibt sich auch nicht aus dem Umstand, daß die Beklagten die Statuten vom 31. 12. 1981 und 30. 6. 1982 erstellt haben.

Die Behauptung des Klägers, diese Statuten, zumindest aber der Status zum 30. 6. 1982, seien ausdrücklich für die ins Auge gefaßte Beteiligung von Dr. W. erstellt worden, wurde von den insoweit benannten und vernommenen Zeugen K. und E. nicht bestätigt.

Der Zeuge K. hat bei seiner Vernehmung am 10. 12. 1986 ausgeschlossen, daß er gegenüber den Beklagten die in Auftrag gegebenen Abschlüsse als Verhandlungsgrundlage für neue Beteiligungsinteressenten bezeichnet hatte. Die Jahresabschlüsse hätten, ebenso wie der Status zum 30. 6. 1982, aus anderen Gründen so und so erstellt werden müssen.

Ähnlich hat sich der Zeuge E. bei seiner Vernehmung am 27. 5. 1987 geäußert. Danach wurden **die Statuten zum 31. 12. 1981 und 30. 6. 1986 von der Stadtparkasse M. im Rahmen einer Krediterweiterung verlangt**. Selbst wenn der Zeuge E. sich in einer Aktennotiz vom 5. 6. 1984 inhaltlich anders geäußert und erklärt hatte, der Status zum 30. 6. 1982 sei für den Eintritt von Dr. W. in die Firma E. erstellt worden, so kann im Hinblick auf die Eindeutigkeit der Aussage des Zeugen K. doch keinesfalls das klägerische Vorbringen als bewiesen angesehen werden.

Allerdings wurden die Statuten, womit die Beklagten nach der allgemeinen Lebenserfahrung (BGH GI 87, 27 = EWIR § 826 BGB 2/87, 591 [Gräfe] = NJW 87, 1758, 1759) auch rechneten, Beteiligungsinteressenten einschließlich des Klägers und des Zedenten Dr. W. zugänglich gemacht (Aussage des Zeugen E. a.a.O.). Insoweit ist jedoch bei Abwägung aller – oben unter I 1., 2. und 3. im einzelnen dargelegter – Umstände ebenfalls nicht davon auszugehen, daß die Firma E. und die Beklagte zu 1) die Beteiligungsinteressenten jeweils in den Schutz-

bereich des zwischen ihnen bestehenden Steuerberatungsvertrages miteinbeziehen wollten. Dieses gilt umso mehr, als es sich bei den genannten Statuten jeweils nur um eine tabellarische Aufstellung der Aktiva und Passiva sowie der Gewinn- und Verlustrechnung handelte ohne weitere Erklärungen und Testate. **Die Statuten hatten deshalb für Interessenten allenfalls die Funktion einer „Schnellübersicht“.** Aufschlüsse konnten, wenn überhaupt, nur die nach den Grundsätzen der § 41 ff. GmbH-Gesetz zu erstellenden Jahresabschlüsse geben. Die Beklagten konnten deshalb davon ausgehen, daß die Interessenten – wie im Fall des Klägers und des Zedenten Dr. W. unstreitig geschehen – **auch** die Abschlüsse mit heranziehen und dadurch von dem dort zugrundegelegten Prüfungsumfang Kenntnis nehmen würden.

II.

Zwischen dem Kläger und/oder den Zedenten sowie den Beklagten ist kein **stillschweigender Auskunftsvertrag** zustandegekommen.

1. Nach der Rechtsprechung ist vom stillschweigenden Abschluß eines Auskunftsvertrages in der Regel dann auszugehen, **wenn eine erteilte Auskunft für den Anfragenden erkennbar von erheblicher Bedeutung ist und er sie zur Grundlage wesentlicher Vermögensverfügungen machen will** (BGH NJW 91, 352; 89, 1029; GI 43/85 = EWiR § 675 BGB 8/85 [Gräfe] 86, 180). Ob diese Voraussetzungen im vorliegenden Fall gegeben sind, erscheint im Hinblick auf den eingeschränkten tatsächlichen Aussagegehalt der Jahresabschlüsse zumindest bezüglich der letztgenannten Voraussetzung fraglich. **Im Geschäftsverkehr werden in der Regel nur testierte Unternehmensabschlüsse zur Grundlage wesentlicher Entscheidungen gemacht** (BGH GI 87, 27 = EWiR § 826 BGB 2/87, 591 [Gräfe] = NJW 87, 1758, 1759; vgl. auch oben I 3.).
2. Es kann dieses jedoch letztlich dahinstehen. Die genannten Kriterien führen nämlich nicht zwingend zur Annahme eines Auskunftsvertrages, sondern sie stellen lediglich Indizien dar, die, wenn auch mit erheblichem Gewicht, in die Würdigung der gesamten Begebenheiten des konkreten Falles einzubeziehen sind (BGH GI 43/85 = EWiR § 675 BGB 8/85 [Gräfe] = NJW 86, 180, 181).

Die Beklagten hatten (über das jedem Mandatsverhältnis zugrundeliegende Interesse hinaus) **kein eigenes wirtschaftliches Interesse** an der Firma E., sondern handelten jeweils **nur weisungsgemäß als deren unselbständige Gehilfen**. Dieses kam insbesondere dadurch deutlich

zum Ausdruck, daß sie in Beziehung auf den Kläger und den Zedenten Dr. W. jeweils nur auf Veranlassung der Firma E. tätig wurden. Sie haben dem Kläger die Jahresabschlüsse 1977 – 1980 im Auftrag des Geschäftsführers der Firma E. übersandt und sie haben auf dessen Veranlassung und Vermittlung das Gespräch mit Dr. W. geführt. Damit haben sie zu erkennen gegeben, daß sie **nicht als unparteiische Sachwalter** auftraten, sondern als Gehilfen der Firma E. In Verbindung mit dem erkennbar eingeschränkten Prüfungsumfang der Abschlüsse und Staten (vgl. oben I 3.) und dem fehlenden wirtschaftlichen Eigeninteresse der Beklagten an der Firma E. konnte weder der Kläger aufgrund der ihm übersandten Jahresabschlüsse noch Dr. W. aufgrund des mit ihm persönlich geführten Gespräches (siehe hierzu auch unten II 3.) darauf vertrauen, mit den Beklagten als unparteiische, aufgrund ihrer besonderen Sachkenntnis als Steuerberater qualifizierte eigenständige Sachwalter in Kontakt zu treten, deren Auskünfte ein besonderes Maß an Abgewogenheit und Gründlichkeit erwarten lassen (BGH GI 43/85 = EWiR § 675 BGB 8/85 [Gräfe] NJW 86, 181).

Insoweit kann auch nicht davon ausgegangen werden, daß die Beklagten zumindest **aus der Sicht der Beteiligungsinteressenten, auf die bei der Auslegung abzustellen ist** (BGHZ 47, 75, 78; 103, 275, 280), **ein besonderes persönliches Engagement übernommen hatten**. In den Prospekten vom Juli 1981 und Mai 1982, die dem Kläger eigenen Angaben zufolge bei seinen Beteiligungsverhandlungen zumindest teilweise vorlagen, wurden zwar die Beklagte zu 1) und der für sie handelnde Beklagte zu 3) jeweils im Vorwort erwähnt. Es wurde darauf hingewiesen, daß alle notwendigen Unterlagen des Rechnungswesens „von der mit der Wirtschaftsprüfung von E. beauftragten Firma C., Treuhand GmbH, M., zur Einsicht vorgelegt und mit deren Vertreter, Herr H., besprochen“ worden seien. Diese Angaben waren jedoch inhaltlich unrichtig, denn der für die Prospekterstellerin, die Firma „I. M. C.“ handelnde Zeuge Dr. L. hatte eigenen Angaben zufolge die Unterlagen ausschließlich von der Firma E. erhalten und keinerlei Gespräche mit den Beklagten geführt (Aussage v. 21. 3. 1990).

Diese sachliche Unrichtigkeit war dem Kläger und/oder dem Zedenten Dr. W. seinerzeit nicht bekannt. Gleichwohl konnten sie aufgrund der genannten Prospekte nicht von einem besonderen persönlichen Engagement der Beklagten ausgehen, denn sie kannten aufgrund der ihnen vorliegenden Abschlüsse und Staten den tatsächlichen Tätigkeitsbereich der Beklagten. Sie konnten deshalb die Vorworte zu den genannten Prospekten aus dem Gesamtzusammenhang heraus nur so verstehen, daß die als „unabhängige Beratungsfirma“ tätige Prospekterstellerin im

Zuge ihrer im einzelnen dargelegten Recherchen (Besuch in den Niederlassungen der Firma E., Gespräche mit Niederlassungsleitern und Hauptgeschäftsführern) **auch** an die Beklagten herantreten ist und von dort wunschgemäß Auskünfte über das Rechnungswesen erhalten hat. Damit stellt sich jedoch die Tätigkeit der Beklagten nicht als Ausdruck eines besonderen persönlichen Engagement oder – im Verhältnis zu Dritten – einer Inanspruchnahme besonderen Vertrauens als Steuerberater dar. Sie diene vielmehr in erster Linie der Rechtfertigung der von der Prospekterstellerin in den jeweiligen Vorworten herausgestellten eigenen Unabhängigkeit bei der „wertfreien, kritischen und unabhängigen“ Erstellung der Firmenbeschreibung und -beurteilung. Insoweit reiht sich die angebliche Besprechung mit den Beklagten in die Reihe der behaupteten übrigen Recherchen der Prospekterstellerin ein.

Im übrigen steht einer Einbeziehung dieses Gesichtspunkts (Inanspruchnahme besonderen persönlichen Vertrauens) in die rechtliche Beurteilung auch entgegen, daß die Beklagten nach Aussage des Zeugen Dr. L. den Inhalt der genannten Prospekte selbst nicht kannten.

3. Der Abschluß eines stillschweigenden Auskunftsvertrages ergibt sich auch nicht aus dem konkreten Inhalt des zwischen dem Zedenten Dr. W. und den Beklagten zu 2) und 3) geführten Gesprächs. Der Senat unterstellt insoweit hypothetisch, daß das Gespräch nach dem 22. 7. 1982 stattfand und dem Zeugen Dr. W. damals bereits die Bilanz zum 31. 12. 1981 und der Status zum 30. 6. 1982 vorlagen, was die Beklagten bestreiten.

Der Zeuge Dr. W. hat zum Inhalt des Gesprächs ausgesagt, er habe sich bei den Beklagten zu 2) und 3) erkundigt, ob der aus den Übersichtsblättern ersichtliche Gewinn der Firma E. den Tatsachen entspreche. Hierauf sei ihm geantwortet worden, sie – die Beklagten zu 2) und 3) – hätten die Bilanzen und den Status selbst aufgestellt und die dortigen Zahlen entsprächen den Tatsachen. Von irgendwelchen Einschränkungen sei dabei nicht die Rede gewesen.

Ob die inhaltliche Richtigkeit dieser Aussage nachgewiesen ist, wovon das Landgericht sich nicht ausreichend sicher überzeugen konnte, kann bei der Entscheidung des vorliegenden Rechtsstreits dahinstehen. Selbst wenn man von der Schilderung des Zeugen ausgehen würde, könnte hieraus unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Einzelfalls (BGH NJW 86, 180, 181) nicht auf das stillschweigende Zustandekommen eines Auskunftsvertrages geschlossen werden.

Es ist davon auszugehen, daß der Zeuge Dr. W., der im Vorstand eines Großkonzerns tätig war sowie verschiedene Aufsichtsratsmandate innehatte und der daneben seit 1978 Unternehmensberatung betrieb, über hervorragende Kenntnisse wirtschaftlicher Zusammenhänge verfügte. Der Senat ist auch davon überzeugt, daß diese hohe fachliche Kompetenz des Zeugen den Beklagten zu 2) und 3), wenn sie ihnen nicht schon vorher bekannt war, jedenfalls bei dem längeren, fachbezogenen Gespräch nicht verborgen geblieben ist. Sie konnten deshalb dieses fachliche Verständnis dem „Empfängerhorizont“ des Zeugen zugrundelegen (Palandt/Heinrichs, BGB, 49. Aufl., § 133 Anm. 4 c m.w.H.).

In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, daß der Zeuge eigenen Angaben zufolge bei dem Gespräch den Jahresabschluß zum 31. 12. 1981 sowie den Status zum 30. 6. 1982 dabei hatte und diese Unterlagen im Laufe des Gesprächs den Beklagten zu 2) und 3) zeigte. Die Beklagten zu 2) und 3) konnten deshalb nach den Gesamtumständen davon ausgehen, daß der Zeuge ihre Auskunft, sie – die Beklagten zu 2) und 3) – hätten die Bilanzen und Staten selbst aufgestellt und die dortigen Zahlen entsprächen den Tatsachen, nach Maßgabe des im Jahresabschluß zum Ausdruck gebrachten eingeschränkten Prüfungsumfangs verstand. Aus diesen Einschränkungen ergab sich, daß **der Abschluß zum 31. 12. 1981 auf den von der Firma E. übernommenen, sachlich nicht überprüften Zahlen beruhte**. Dieses Verständnis ergab sich umso mehr, als die Beklagten zu 2) und 3) den Zeugen darauf hinwiesen, daß der Zeuge K., der Geschäftsführer der Firma E., nicht bilanzsicher sei und deshalb sie – die Beklagten – die Bilanz erstellt hätten. Damit wurde zugleich auch zum Ausdruck gebracht, daß die Firma E. die **Beklagten nicht deshalb beauftragte, um sich deren besondere Unabhängigkeit und Neutralität als Wirtschaftsprüfer zu bedienen, sondern um den gesetzlichen Bilanzierungspflichten der §§ 41 ff GmbH-Gesetz zu entsprechen**.

Ein anderes Verständnis ergab sich auch nicht aus dem vorliegenden Status zum 30. 6. 1982. Dieser enthielt keinen Hinweis auf den Umfang der Prüfungspflicht, allerdings auch kein Testat. Nach den Gesamtumständen konnte der Zeuge jedoch nicht davon ausgehen, daß insofern etwas anderes gelten sollte als für die Bilanz selbst. Der **Hinweis der Beklagten zu 2) und 3), die Zahlen in Bilanz und Status entsprächen den Tatsachen, stand deshalb auch ohne ausdrücklichen Hinweis unter dem Vorbehalt der fehlenden sachlichen Überprüfung der zugrundeliegenden Angaben**. Der Hinweis auf die Richtigkeit bezog sich unter diesen Umständen erkennbar nicht auf die sachliche, sondern die **bilanztechnische Richtigkeit**, auf die bereits unter Ziffer III des Jahresabschlusses („Rechnungswesen, Unterlagen und Auskünfte“, dort vorletzter Absatz) hinge-

wiesen wurde. Der Hinweis auf die Steigerungsfähigkeit des Gewinns stellte demgemäß erkennbar eine Schlußfolgerung auf der Grundlage des vorliegenden ungeprüften Zahlenmaterials dar. Er korrespondierte insoweit mit der vom Zeugen Dr. W. geäußerten Erwartung, wenn er – der Zeuge – sich unter Ausnutzung seiner Kontaktmöglichkeiten engagierte, könne der Gewinn ja nur noch besser werden.

4. Bei Abwägung sämtlicher Umstände ist auch unter Zugrundelegung des vom Zeugen Dr. W. geschilderten Gesprächsinhalts – diesen insoweit als richtig unterstellt – nicht von einem stillschweigenden Auskunftsvertrag auszugehen. Es bedarf deshalb keiner erneuten Vernehmung des Zeugen gemäß § 398 ZPO, um aufgrund eigenen Eindrucks die Glaubwürdigkeit seiner Aussage würdigen zu können. Da sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß der Zeuge bei einer erneuten Vernehmung **inhaltlich** anders aussagen würde, könnte aus den oben im einzelnen dargelegten Gründen auch in diesem Falle nicht vom Zustandekommen eines stillschweigenden Auskunftsvertrages ausgegangen werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß das Gespräch des Zedenten Dr. W. mit den Beklagten zu 2) und 3) zwar erkennbar der Vorbereitung einer Investitionsentscheidung diene. **Aufgrund des ungeprüften Zahlenmaterials boten die erteilten Auskünfte jedoch nur eine beschränkte Entscheidungsgrundlage.** Die Beklagten waren zudem erkennbar **nur in Erfüllung der gesetzlichen Bilanzierungsverpflichtung der Firma E. tätig geworden, ohne darüber hinaus aufgrund ihrer eigenständigen Expertenstellung als Steuerberater und/oder Wirtschaftsprüfer oder aufgrund ihres persönlichen Engagements besonderes Vertrauen in Anspruch zu nehmen.** Sie habe letztlich nur auf Wunsch und Vermittlung der Firma E. mit dem Zeugen die von ihnen erstellten Unterlagen besprochen, ohne dabei zusätzliche substantielle Angaben zu machen. Dieses rechtfertigt nicht den Rückschluß, daß die an dem Gespräch Beteiligten die erteilten Auskünfte und Erläuterungen zum Gegenstand eigener vertraglicher Rechte und Pflichten machen wollten (BGH NJW 86, 180, 181).

III.

Die Voraussetzungen einer **vertragsähnlichen Vertrauenshaftung** liegen nicht vor.

Dieses würde voraussetzen, **daß der Auftraggeber eines Gutachtens oder Testats von der Autorität des öffentlich bestellten Gutachters bei geschäftlichen Verhandlungen mit Dritten Gebrauch machen will und der Gut-**

achter damit rechnen muß, daß sein Gutachten oder Testat für solche Zwecke verwendet wird und Dritten als Grundlage für wichtige Vermögensdispositionen dienen soll (BGH NJW 70, 1737; 73, 321, 322; GI 2/84 = 84, 355, 356; 89, 1029, 1030).

Insoweit gelten grundsätzlich dieselben Erwägungen wie vorstehend unter II. zum Auskunftsvertrag. Schon aufgrund des deutlich zum Ausdruck gebrachten eingeschränkten Prüfungsumfangs kann der als „Bescheinigung“ anzusehende Schlußbemerkung der Bilanz im Geschäftsleben nicht die Bedeutung zukommen, die eine testierte Bilanz, z. B. im Rahmen von Kreditverhandlungen, üblicherweise zu haben pflegt (BGH NJW 73, 321, 322; GI 87, 27 = EWiR § 826 BGB 2/87, 591 [Gräfe] = 87, 1758, 1759). Hinzu kommt, daß die Bilanzierungen primär im Rahmen der §§ 41 ff. GmbH-Gesetz erfolgten und nicht zur Gewinnung von Beteiligungsinteressenten. Letzteres gilt nach Aussage der Zeugen K. und E. auch für die Statuten vom 31. 12. 1981 und 30. 6. 1982. Daß die Unterlagen daneben **auch** der Information von Beteiligungsinteressenten der Firma E. dienen würde, war seit dem beabsichtigten Ausscheiden einiger Altgesellschafter im Sommer 1981 naheliegend und seit der im Auftrag der Firma E. erfolgten Übersendung der zurückliegenden Jahresabschlüsse am 26. 1. 1982 an den Kläger wohl auch bekannt. Allerdings war die Eignung der Unterlagen als wesentliche Grundlage erheblicher Vermögensdispositionen soweit eingeschränkt, daß sich für eine vertragsähnliche Haftung der Beklagten keine ausreichenden Anhaltspunkte ergeben.

IV.

Es besteht keine Haftung der Beklagten aus **schuldhafter Verletzung vorvertraglicher Aufklärungspflichten** (sic).

Die Beklagten sind nicht Partei der zwischen dem Kläger und/oder den Zedenten einerseits und der Firma E. andererseits bestehenden vertraglichen Vereinbarungen. Soweit sie in die Vertragsverhandlungen eingeschaltet waren, könnte eine Eigenhaftung infolge Verletzung von Sorgfaltspflichten nur dann in Betracht kommen, wenn sie ein eigenes wirtschaftliches Interesse an der Beteiligung Dritter an der Firma E. gehabt oder für sich persönlich besonderes Vertrauen in Anspruch genommen hätten (BGH GI 43/85 = EWiR § 675 BGB 8/85 [Gräfe] = NJW 86, 180, 181 m.w.H.). Beide Voraussetzungen liegen hier nicht vor. Das die Eigenhaftung begründende eigene wirtschaftliche Interesse des Handelnden muß dergestalt sein, daß er – bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise – gleichsam in eigener Sache tätig wird (BGH NJW 84, 2284, 2286; 88, 2234, 2235). Demgegenüber hatten die Beklagten im Hinblick auf das

mit der Firma E. bestehende Mandatsverhältnis allenfalls ein mittelbares Eigeninteresse an der Gewinnung neuer Beteiligungsinteressenten.

Darüber hinaus fehlt es auch an der Inanspruchnahme besonderen persönlichen Vertrauens als weiterer Haftungsvoraussetzung (BGH NJW 87, 2511, 2512). Insoweit wird auf die Ausführungen oben zu II 3. Bezug genommen. Die Beklagten haben bezüglich der erstellten Abschlüsse und Statuten gerade nicht ihre besondere fachliche Kompetenz als Wirtschaftsprüfer und/oder Steuerberater herausgestellt, sondern Art und Ausmaß der vorgenommenen – eingeschränkten – Überprüfungen ausreichend deutlich zum Ausdruck gebracht. Soweit sie in den Prospekten vom Juli 1981 und Mai 1982 genannt worden waren, geschah dieses nach Aussage des Zeugen Dr. L. ohne ihr Wissen und Wollen.

V.

Die Beklagten haften nicht wegen **sittenwidriger vorsätzlicher Schädigung (§ 826 BGB)**.

1. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme ist davon auszugehen, daß den Beklagten im Jahre 1981 die bei einigen Gesellschaftern der Firma E. aufkommende Kritik an den Bilanzierungsmethoden, insbesondere an der Aktivierung nicht abgerechneter und halbfertiger Arbeiten, bekannt war. Die Beklagten zu 2) und 3) haben unstreitig an der Gesellschafterversammlung vom 23.7.1981 teilgenommen. Selbst wenn an anderen Versammlungen oder Gesprächen nur einer von ihnen teilgenommen hatte, so geht der Senat unter Berücksichtigung ihrer damaligen Aufgaben – und Tätigkeitsbereiche – (der Beklagte zu 2) war Geschäftsführer der Beklagten zu 1) und der Beklagte zu 3) bearbeitete die von der Firma E. erteilten Aufträge) nach der allgemeinen Lebenserfahrung davon aus, daß auch dann die bezüglich der Bilanzierung aufgeworfenen Fragen jeweils zur Kenntnis des nicht anwesenden Beklagten gelangten.
2. Welchen genauen Inhalt die Erörterungen und Gespräche hatten, konnte in der Beweisaufnahme allerdings nicht geklärt werden. Nach Aussage der Zeugen Sch., Dr. D. und K. spielte die Frage der Aktivierung halbfertiger oder noch nicht abgerechneter fertiger Leistungen bei der Gesellschafterversammlung am 23.7.1981 eine eher untergeordnete Rolle. Sie wurde anläßlich eines anderen Gesprächs von dem Zeugen Sch., dem Vertreter des damaligen Gesellschafters Dr. D., kontrovers erörtert. Den Zeitpunkt dieses Gespräches haben die Zeugen entweder nicht mehr angeben können (Zeuge Dr. D.) oder unterschiedlich datiert, z. B. in das Jahr 1982 nach Vorliegen der Bilanz 1981 (Zeuge M.),

- um den 18.3.1982 (Zeuge Sch.) oder vor dem 23.7.1981 (Zeuge E). Weitgehend übereinstimmend haben die Zeugen dagegen bekundet, daß es bei diesem Gespräch um die Aktivierung von Geschäftsanbahnungs- und Büroaufbaukosten sowie um halbfertige oder noch nicht abgerechnete fertige Arbeiten ging. Weitere Details konnten die Zeugen hierzu auch nicht angeben.
3. Die insoweit erhobenen Bedenken gegen die Bilanzierungsmethode haben sich später als berechtigt erwiesen. Der Sachverständigen Dr. K. hat hierzu ausgeführt, daß die in der Bestandsliste der Firma E. zum 31.12.1981 ausgewiesenen Vertriebsaufwendungen und Verwaltungskosten in Höhe von 548.000,- DM nicht hätten aktiviert werden dürfen. Ob dieses auch für die entsprechenden Kosten des Büros in der Schweiz in Höhe von 162.000,- DM zutrifft, konnte der Sachverständige mangels entsprechender Unterlagen nicht sicher feststellen. Es liegt dieses jedoch nach den Gesamtumständen zumindest nahe.
 4. Trotz Kenntnis der Beklagten von den seinerzeit erhobenen Vorwürfen und Bedenken kann nicht davon ausgegangen werden, daß sie **positive Kenntnis** von der Unrichtigkeit ihrer Bilanzierungen hatten. Die betreffenden Positionen wären unter bestimmten Voraussetzungen, nämlich beim Bestehen von Werkverträgen zwischen der Firma E. und Dritten, durchaus aktivierbar gewesen und die Bezeichnung der von der Firma E. den Beklagten vorgelegten Unterlagen als „Auftragsabrechnungen“ deuteten darauf hin, daß diese Voraussetzungen auch tatsächlich vorlagen. Erst eine nähere Überprüfung der den „Auftragsabrechnungen“ beigefügten handschriftlichen Notizen ließ erkennen, daß tatsächlich keine Werkverträge mit Dritten bestanden. Eine derartige Überprüfung wurde jedoch von den Beklagten weder geschuldet noch durchgeführt, worauf in den Jahresabschlüssen jeweils hingewiesen wurde.
 5. Insoweit kann den Beklagten auch nicht der Vorwurf eines **leichtfertigen und gewissenlosen Verhaltens** im Sinne eines Sittenverstößes gemäß § 826 BGB gemacht werden, das wiederum Rückschlüsse auf das Vorliegen eines zumindest bedingten Schädigungsvorsatzes zuließe (BGH GI 43/85 = EWiR § 675 BGB 8/85 [Gräfe] = NJW 86, 180, 181; GI 87, 27 = EWiR § 826 BGB 2/87, 591 [Gräfe] = 87, 1758, 159; Palandt/Heinrichs, a.a.O., § 826 Anm. 2 g, 3 a).

Die Beklagten waren, wie bereits wiederholt dargelegt, nicht zur Prüfung der Bilanzansätze verpflichtet und haben darauf ausdrücklich deutlich hingewiesen. Es ergaben sich auch keine sonstigen Anhaltspunkte, die sie gleichwohl zu einer derartigen Überprüfung hätten

veranlassen müssen. Die ihnen vorliegenden Bestandslisten der Firma E. wiesen ausdrücklich „Auftragsabrechnungen“ aus und auch die Höhe dieser Abrechnungen gaben keinen Anlaß zu Bedenken. Der Zeuge Pf., ein Wirtschaftsprüfer, der den Zeugen Dr. W. steuerlich betreute und den dieser im Zuge der beabsichtigten Beteiligung an der Firma E. konsultierte, erachtete die in der Bilanz zum 31. 12. 1981 und dem Status zum 30. 6. 1982 ausgewiesenen nicht fertiggestellten oder noch nicht abgerechneten fertigen Arbeiten für üblich. Die Firma E. hatte seinerzeit tatsächlich geschäftlichen Aktivitäten in der Schweiz und in Saudi Arabien entfaltet und die insoweit gegen die Bilanzansätze erhobenen Vorwürfe waren nicht so konkret und detailliert, daß sich ihre Unrichtigkeit aufdrängen mußte. Zumindest verbleiben insoweit nach der durchgeführten Beweisaufnahme erhebliche Zweifel, die zu Lasten des beweispflichtigen Klägers gehen müssen.

Soweit der Sachverständige Dr. K. eine Abweichung der Bestandsliste (2.199.000,- DM) und der Bilanzposition „unfertige und fertige, nicht abgerechnete Arbeiten“ (2.289.000,- DM) festgestellt hat, die seiner Meinung nach auch bei eingeschränktem Prüfungsauftrag nach den immer zu beachtenden Grundsätzen von Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt hätte aufgeklärt werden müssen, lag tatsächlich keine aufklärungsbedürftige Diskrepanz vor, sondern ein Rechen- oder Schreibfehler. Infolge eines Versehens hat der Sachverständige die Bilanzposition „unfertige und fertige, nicht abgerechnete Arbeiten“ in Höhe von 2.189.000,- DM seines Gutachtens II mit 2.289.000,- DM angegeben. Die nach Korrektur dieses Versehens noch verbleibende Diskrepanz zwischen Bestandsliste (2.199.000,- DM) und Bilanzposition (2.189.000,- DM) beruhte unstreitig auf einem Additionsfehler innerhalb der von den Beklagten vorgelegten Bestandsliste.

Unter den genannten Umständen läßt das Verhalten der Beklagten keine ausreichend sicheren Rückschlüsse auf des Vorliegen sittenwidrigen Verhaltens zu. Daneben vermag der Senat keine ausreichend sicheren Anhaltspunkte dafür zu erkennen, daß die Beklagten im Sinne eines bedingten Vorsatzes mit der Schädigung Dritter rechneten und den als möglich erkannten Erfolg für den Fall seines Eintritts in Kauf genommen haben. Insoweit können, anders in der bereits zitierten Entscheidung BGH NJW 87, 1758, auch nicht allgemeine Erfahrungssätze herangezogen werden, da die Beklagten im vorliegenden Falle **gerade nicht das im Wirtschaftsleben übliche Testat erteilt hatten und aufgrund der ausdrücklichen Freizeichnung davon ausgehen konnten, daß den Unterlagen im geschäftlichen Verkehr nur eine untergeordnete wirtschaftliche Bedeutung zukommen würde.**

Weiterführende Hinweise:

Müller, Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer als Sachverständige und Gutachter, Sonderheft der Wirtschaftsprüferkamm-Mitteilungen Oktober 1991; Damm, Entwicklungstendenzen der Expertenhaftung JZ 1991, 373; Ebke-Scheel, Die Haftung des Wirtschaftsprüfers für fahrlässig verursachte Vermögensschäden Dritter, WM 1991, 389.

Haftung des Steuerberaters

- Belehrung über Berufsversehen
 - Vollständige Informationen durch Mandanten
- (LG Karlsruhe Urt.v. 7.3.1990 – 3 O 339/89)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Der Mandant muß dem Steuerberater alle zur Anfertigung der Steuererklärung wichtigen Information erteilen.
2. Der Steuerberater muß sich nicht an Steuerbefreiungstatbestände erinnern, die allein in zwei Steuererklärungen vor ca. 15 Jahren Eingang gefunden hatten. Zumindest handelt er nicht schuldhaft, wenn er aufgrund der zugeleiteten Unterlagen den Befreiungstatbestand nicht prüft, weil diese keinen Anhaltspunkt hierfür bieten. (hier: unterlassene Belehrung über Fehler in den eigenen Arbeiten)

Aus den Gründen:

Die zulässige Klage ist nicht begründet.

Der Klageanspruch ist verjährt. Da der Beklagte die Einrede der Verjährung erhoben hat, ist dieser Anspruch nicht mehr durchsetzbar; denn der Beklagte ist berechtigt, die Leistung zu verweigern (§ 222 Abs. 1 BGB).

Die Verjährung etwaiger Schadenersatzansprüche aus dem Vertragsverhältnis der Parteien, das dem Rechtsstreit zugrundeliegt, richtet sich nach § 68 StBerG, gleichgültig, ob man dieses Vertragsverhältnis unter dem Gesichtspunkt des Werkvertrags oder des Dienstvertrags sieht (vgl. BGH NJW 82/2256).

Die **3-jährige Verjährungsfrist** nach dieser Vorschrift beginnt mit der Entstehung des Anspruchs ohne Rücksicht darauf, ob der Berechtigte Kenntnis vom Schadeneintritt hat (vgl. BGH NJW 1982, S. 1532). Besteht, wie im vorliegenden Falle behauptet, der Schaden darin, daß aufgrund unrichtiger Angaben in einer Steuererklärung der Einkommenssteuerbescheid eine höhere Steuerschuld ausweist, als rechtens ist, so beginnt die Verjährungsfrist mit der Bestandskraft des Einkommensteuerbescheids, welche einen Monat nach Zustellung dieses Bescheids eintritt (BGH Gl 86, 27 = BGHZ 96/290, 294). Bei Berücksichtigung der üblichen Postlaufzeit (vgl. BGH, a.a.O.) war der Steuerbescheid vom 25.6.1984 am 30.7.1984 bestandskräftig, der Steuerbescheid vom 9.1.1986 am 13.2.1986.

Zur Zeit des Eingangs der Klageschrift bei dem Landgericht Karlsruhe (24.8.1989) waren etwaige Ansprüche aus der diesen Einkommensteuerbescheiden zugrundeliegenden Tätigkeit des Beklagten bereits verjährt.

Nach der neueren Rechtsprechung des BGH wäre der Beklagte verpflichtet gewesen, den Kläger über etwaige Schadenersatzansprüche, welche aus der Tätigkeit des Beklagten für den Kläger diesem entstanden wären, sowie den Lauf der Verjährung derartiger Ansprüche, zu belehren (vgl. BGH WM 82/367; BGH Gl 8/82 = ZIP 82, 451 m. Anm. Gräfe = BGHZ 83/17). Die Verletzung dieser Pflicht würde möglicherweise zu selbständigen Schadenersatzansprüchen des Klägers führen.

Im vorliegenden Falle jedoch ist eine solche Belehrungspflicht des Beklagten nicht entstanden:

Er hat ohne Verschulden keine Schadenersatzansprüche des Klägers gesehen; denn bei Anfertigung der Einkommensteuererklärungen, welche den genannten Steuerbescheiden zugrundeliegen, hatte der Beklagte keine Informationen darüber, daß der Kläger in den Jahren 1983 und 1984 Einkünfte hatte, welchen eine Tätigkeit in der ehemaligen DDR zugrundelag, so daß insoweit Steuerfreiheit in Frage stand. Der Vortrag des Beklagten, daß die ihm von der Arbeitgeberin des Klägers für die Anfertigung der genannten Steuererklärungen überlassenen Unterlagen keinerlei Hinweise darauf enthielten, blieb unbestritten.

Daß der Beklagte aus der **weit zurückliegenden Zeit vor Mai 1969**, als er Jahresabschlüsse für die Firma K. R. über die Jahre **1967** und **1968** fertigte, **konkrete Erinnerungen daran vorzuhalten hatte, daß damals der Kläger zeitweise geschäftlich in der ehemaligen DDR tätig war, ist dem Beklagten nicht abzuverlangen.** Selbst wenn er sich daran erinnert hätte, handelte

er nicht schuldhaft, wenn er angesichts des langen Zeitablaufs und der danach vermutlich anderen Tätigkeitsumstände des Klägers nicht entgegen dem Inhalt der ihm für die Anfertigung der Steuererklärungen zugeleiteten Unterlagen vermutete, unter den Einkünften des Klägers in den Jahren 1983 und 1984 könnten solche für geschäftliche Tätigkeit in der damaligen DDR sein, welche steuerfrei sind.

GI Hinweise

Die Angemessenheit der Bezüge geschäftsführender GmbH-Gesellschafter ist häufig Gegenstand von Auseinandersetzungen mit der Finanzverwaltung. Die Beurteilung der Angemessenheit ist nach wie vor schwierig, da feste allgemeingültige Maßstäbe dafür nicht existieren. Die nun 6. Auflage des Spitaler/Niemann: Die Angemessenheit der Bezüge geschäftsführender Gesellschafter einer GmbH (Verlag Dr. Otto Schmitt KG, Köln, 197 Seiten, DM 48,00) erörtert in übersichtlicher Form und klarer Sprache die maßgeblichen Entscheidungskriterien. Die Neuauflage berücksichtigt die neue Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs sowie die daraufhin erschienene Literatur u. a. hinsichtlich des Nachzahlungsverbots, der Sachzuwendungen sowie der Anpassung der Bezüge an die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Besonders in den Vordergrund getreten ist die Diskussion um die Einordnung der Altersversorgung und die Folgen bei Unangemessenheit der Bezüge bzw. bei mangelnder Klarheit der Vereinbarung.

GI Aktuell

Das Bundesverfassungsgericht belehrt über Anwaltpflichten und Regreßmöglichkeiten:

Die dritte Kammer des zweiten Senats hat unter Leitung des Präsidenten des BVerfG eine Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung angenommen, weil sie teilweise unzulässig war und im übrigen keine hinreichende Aussicht auf Erfolg bot.

Gleichzeitig wurde dem Beschwerdeführer eine Gebühr gem. § 34 Abs. 2 BVerfG-Gesetz in Höhe von 500,00 DM auferlegt. Dann folgt die Belehrung:

„Es bleibt dem Beschwerdeführer unbenommen, insoweit seinen Verfahrensbevollmächtigten in Anspruch zu nehmen, falls dieser ihm nicht hinreichend über die Voraussetzungen, unter denen eine Verfassungsbeschwerde nur Erfolg haben kann, belehrt hat.“

(Beschl.v. 8.7.1991, AZ. 2 BvR 731/91).

Die Aufgaben und Zuständigkeiten des BVerfG beziehen sich bisher nicht auf die Entscheidung und Belehrung von Zivilrechtsansprüchen. Wird hier ein neues Aufgabengebiet ohne gesetzliche Grundlage eröffnet?

GI Leitsätze

Konkursverwalter / Pflicht zur Selbstanzeige / Interessenkollisionen

1. Zur Abgrenzung von Massekosten und Masseschulden, wenn der Konkursverwalter Hilfskräfte gegen Entgelt einsetzt.
2. Ein Vertrag, durch den der Konkursverwalter die Masse gegenüber einer juristischen Person verpflichtet, an der er selbst rechtlich oder wirtschaftlich maßgeblich beteiligt ist, ist nicht allein deswegen unwirksam.
3. Der Konkursverwalter hat von sich aus dem Konkursgericht rechtzeitig einen Sachverhalt unmißverständlich anzuzeigen, der die Besorgnis ernsthaft rechtfertigt, daß er an der Amtsführung verhindert ist; das gilt insbesondere für Fälle einer nicht unbedeutenden Interessenkollision. Eine Verletzung dieser Pflicht kann Schadenersatzansprüche nach § 82 KO begründen.

(BGH Ur.t.v. 24.1.1991 – IX ZR 250/89 – WM 1991, 420 = WuB VI B § 6 KO 1.91 [Sundermann])

Haftung des Konkursverwalters § 82 KO oder § 69 AO?

Wegen schuldhaft verspäteter Zahlung von zur Tabelle festgestellten steuerlichen Konkursforderungen haftet der Konkursverwalter dem Steuergläubiger nach § 82 KO, nicht nach § 69 AO.

(BGH Ur.t.v. 1.12.1988 – IX ZR 61/88, WM 1989, 114 = NJW 1989, 303)

Werbeverbot / Anwalts-Suchservice-Informationsdienst

1. Ein generelles Werbeverbot für Rechtsanwälte besteht nicht.
2. Das Betreiben eines „Anwalts-Suchservice-Informationsdienstes“ durch Rechtsanwälte überschreitet auch bei Weitergabe von auf Selbsteinschätzung beruhenden Informationen über spezialisierte Anwaltskollegen nicht die Grenzen anwaltlicher Standespflichten im Bereich der Werbung.

(EGH Hessen, Beschl.v. 28. 2. 1991 – 1 EGH 2/90 [rkr.] – EWiR § 43 BRAO 3/91, 461 Ring)

Prospekthaftung / Rechtswahlklausel / AGB

Der für eine britische Briefkastenfirma mit bundesdeutschem als „Repräsentanz“ bezeichnetem, faktischem Verwaltungssitz Handelnde, haftet dem Anleger nach den Grundsätzen der Prospekthaftung nach deutschem Recht.

Eine entgegenstehende in AGB vereinbarte Rechtswahlklausel ist unwirksam.
(LG Hamburg Urt.v. 31. 5. 1991 – 302 O 113/90 – RPK U 1.065/91)

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1, 1992)

Allgemeine Geschäftsbedingungen			
– Haftungsbegrenzung, grobe Fahrlässigkeit	92, 2		
– Rechtswahlklausel	92, 25		
Auskunftsvertrag			
– stillschweigender Abschluß			
= Bilanz, Status	92, 8		
Belehrungspflicht d. Stb/Wp/RA			
– Befreiungstatbestand			
= zuletzt v. 15 Jahren	92, 22		
Beweislast			
– f. Mandatsumfang	92, 2		
Bilanzerstellung			
– Aussagekraft d. Bilanz	92, 10		
– Dritthaftung	92, 8		
– Testat	92, 8		
Bundesverfassungsgericht			
– Anwaltpflichten	92, 24		
Dritthaftung			
– Verschulden b. Vertragsverhandlungen	92, 18		
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter			
= obj. Interessenlage	92, 8		
= Testat	92, 8		
– vertragsähn. Vertrauenshaftung	92, 17		
Haftungsbeschränkung			
– auf grobe Fahrlässigkeit	92, 2		
Konkursverwalter Haftung d. –			
– Hilfskräfte gegen Entgelt	92, 25		
– Interessenkollision	92, 25		
– Steuerhaftung	92, 25		
Mitverschulden			
– richtige Informationen an StB	92, 22		
Prospekthaftung			
– d. Gutachters	92, 3		
– Rechtswahlklausel	92, 25		
Rechtswahlklausel			
– Prospekthaftung	92, 25		
Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB			
– Jahresabschluß	92, 19		
Steuerberatungsgesetz			
– § 33, Hilfeleistung in Steuersachen			
= Rechenzentrum	92, 2		
– § 57			
= Werbeverbot, Anwaltssuchservice	92, 25		
Steuererklärung			
– Informationen d. Mandanten	92, 22		
– Steuerbefreiungstatbestand	92, 22		
Steuergestaltungsberatung			
– Mandatsumfang	92, 2		
– Wirtschaftsberatung	92, 2		
Steuerhaftung			
– d. Konkursverwalters	92, 25		
Testat (s. Bestätigungsvermerk)			
– Beweiskraft	92, 8		
Treuhänder			
– Haftungsbeschränkung			
= grobe Fahrlässigkeit	92, 2		
Verschwiegenheit			
– gegenüber Miterben	92, 2		
Werbeverbot			
– Anwalts-Suchservice/Infodienst	92, 25		
– f. Rechtsanwälte	92, 25		
Wirtschaftsberatung			
– Mandatsumfang	92, 2		
<hr/>			
		BGH v. 1. 12. 1988 – IX ZR 61/88	92, 25
		= NJW 1989, 303	
		= WM 1989, 114	
		BGH v. 24. 1. 1991 – IX ZR 250/89	92, 25
		= WM 1991, 420	
		= WuB VI B § 6 KO 1.91 (Sundermann)	
<hr/>			
		BVerfG v. 8. 7. 1991 – 2 BvR 731/91	92, 25
<hr/>			
		OLG Karlsruhe v. 5. 6. 1991 – 1 U 270/90	92, 3
		OLG München v. 17. 5. 1991 – 21 U 4529/90	92, 8
<hr/>			
		LG Hamburg v. 31. 5. 1991 – 302 O 113/90	92, 25
		= RPK U 1.065/91	
		LG Karlsruhe v. 7. 3. 1990 – 3 O 339/89	92, 22
<hr/>			
		EGH Hessen v. 28. 2. 1991 – 1 EGH 2/90	92, 25
		= EWiR § 43 BRAO 3/91, 461 Ring	

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-72 98
Telefax: (02 21) 144-51 27

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.